B e s c h l u s s v o r l a g efür den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Kreistag	28.06.2012	Entscheidung

Tagesordnungs- Punkt	Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes
-------------------------	--

Erläuterungen:

Der Bonn/Berlin-Beschluss von 1991 und das Berlin/Bonn-Gesetz von 1994 waren und sind die entscheidende Grundlage für den erfolgreichen Strukturwandel der Region Bonn. Am 20. Juni 1991 hatte der Deutsche Bundestag nach einer kontroversen Debatte mit knapper Mehrheit (338 zu 320 Stimmen) für den Umzug von Bundestag und Teilen der Regierungsfunktionen gestimmt. Diese Mehrheit hätte es ohne die Zusage einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn nicht gegeben. Das Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 legt den Verbleib von Ministerien sowie den Erhalt und die Förderung der dazugehörigen Politikbereiche in Bonn fest. Die Ministerien mit einem ersten Dienstsitz in Berlin haben in Bonn einen Zweitsitz.

Die Festlegungen des Bonn/Berlin-Beschlusses und des Berlin/Bonn-Gesetzes haben die strukturelle Entwicklung, die die Region Bonn seither genommen hat, geprägt. Als Folge davon ist der Bund mit den in Bonn verbliebenen Ministerien, über 60 Behörden und Institutionen sowie den an den Politikbereichen orientierten Einrichtungen (z.B. 18 UNO-Sekretariate, ca. 150 nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, ca. 260 Verbände) nach wie vor der mit Abstand größte und bedeutendste Arbeitgeber in der Region Bonn. Die existenzielle Abhängigkeit der Region vom Bund ist eine andere, aber keine geringere geworden: Direkt und indirekt stellt der Bund in der Region Bonn rund 60.000 Arbeitsplätze.

Presseberichten zufolge hat sich der Präsident des Bundesrechnungshofes in einem Zeitungsinterview für einen Komplettumzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin ausgesprochen (vgl. **Anhang 1**).

Der Verwaltungsvorstand der Bundesstadt Bonn hat in der vergangenen Woche ein Papier „Zukunft Bonn“ vorgelegt mit Überlegungen zur Entwicklung der Bundesstadt Bonn. Darin wird für die zukünftige Ausrichtung der Struktur in den beiden politischen Zentren Berlin und Bonn für die nächsten Dekaden ein Diskussionsprozess angeregt sowie der Abschluss einer vertraglichen Regelung zwischen der Bundesregierung, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region zum Verständnis des Berlin/Bonn-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode (des deutschen Bundestages) (siehe **Anhang 2** – insbesondere Ziffer II. vor 1.).

Hierzu ist Folgendes festzustellen:

Aufgrund der starken strukturellen Verflechtungen könnte die Region Bonn einen Umzug aller Ministerien nach Berlin wirtschaftlich nicht verkraften. Ein Komplettumzug hätte zur Folge, dass nicht nur die Arbeitsplätze in den Ministerien, sondern auch in den zugehörigen Einrichtungen der Politikbereiche verloren gingen. Einschließlich der Auswirkungen auf die gewerbliche Wirtschaft in der Region wären rund 30.000 Beschäftigte betroffen. Dies könnte zu einem Bevölkerungsverlust von ca. 25.000 Einwohnern führen. Ein dementsprechender Rückgang von Kaufkraft, Steuerkraft, Leerstände und Wertverluste bei Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie eine Zunahme von Arbeitslosigkeit wären die zwangsläufige Folge.

Die – auch mit Hilfe von Bundesmitteln – erfolgreich aufgebauten Strukturen würden erheblich beeinträchtigt und in Teilen sinnlos. Der Region würden ihre wesentlichen Zukunftsperspektiven genommen. Dies alles würde der Bund zu einem Preis erkaufen, der die öffentliche Verschuldung weiter in die Höhe treibt und die Steuerzahler zusätzlich belastet; ein milliardenschwerer Umzug aller Ministerien von Bonn nach Berlin wäre deutlich teurer als die bisherige Aufteilung des Regierungssitzes zwischen beiden Städten.

Die Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bund hat sich bewährt und funktioniert. Die teilungsbedingten Kosten sinken im Zeitablauf; für das Jahr 2012 werden sie vom Bundesminister der Finanzen auf weniger als 9 Mio. Euro geschätzt. Für eine Diskussion über eine Neuausrichtung des Berlin/Bonn-Gesetzes gibt es daher keinen sachlichen Grund, und sie liegt auch nicht im Interesse der Region. Im Gegenteil: Die Dauerhaftigkeit und die Verlässlichkeit, die im Bonn/Berlin-Beschluss und Berlin/Bonn-Gesetz zum Ausdruck kommen, sind der wichtigste Garant für die bisherige und die zukünftige Entwicklung der Region Bonn. Die hier lebenden Menschen müssen auf die Beständigkeit der für ihre Lebenssituation so wichtigen politischen und gesetzlichen Entscheidungen vertrauen können.

Aus den genannten Gründen wäre jede Änderung des Berlin/Bonn-Gesetzes mit der Interessenlage der Region und der hier wohnenden und arbeitenden Menschen nicht vereinbar. Die Region sollte keinesfalls von sich aus einen Anstoß zu einer Änderung oder Modifizierung des Berlin/Bonn-Gesetzes und der damit gesetzlich garantierten, dauerhaften fairen Arbeitsteilung geben!

Beschlussvorschlag:

Vor dem Hintergrund der genannten Äußerungen bzw. Anregungen bekräftigt der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises die Beschlüsse des Kreistages vom 28.10.2010, des Kreisausschusses vom 05.09.2011 sowie die gemeinsame Erklärung der Fraktionen des Rates der Stadt Bonn und des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises vom 19.07.2011.

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises fordert die Bundesregierung und insbesondere den Bundesverteidigungsminister erneut auf, die Bestimmungen des Berlin/Bonn-Gesetzes konsequent einzuhalten und nicht durch einseitige Verlagerung ministerieller Arbeitsplätze von Bonn nach Berlin zu verletzen.

Die Partner in der Region werden gebeten, das Berlin/Bonn-Gesetz nicht durch unabgestimmte Zukunftsbetrachtungen in Frage oder sogar zur Disposition zu stellen.

(Landrat)

Anhänge:

- 1.) **Presseberichte über das Interview mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes;**
- 2.) **Papier „Zukunft Bonn“ der Bundesstadt Bonn vom Juni 2012**
- 3.) **Resolution des Kreistages vom 28.10.2010 zur empfohlenen Verlagerung des Verteidigungsministeriums nach Berlin (Auszug aus der Niederschrift);**
- 4.) **Resolution des Kreisausschusses vom 05.09.2011 zur Zukunft des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn und zur Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes**
- 5.) **Gemeinsame Erklärung der Fraktionen des Bonner Rates und des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises vom 19.07.2011**